



An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Prof. Dr. Egon Jüttner
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Dr. Markus Ederer
Staatssekretär

Berlin, den 03. Aug. 2016

Schriftliche Fragen für den Monat Juli 2016
Frage Nr. 7-172, 173, 174

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

Ihre Frage:

Wie bewertet die Bundesregierung die in der Türkei seit dem versuchten Militärputsch getroffenen Maßnahmen zur Einschränkung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit?

beantworte ich wie folgt:

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Tagen neben der deutlichen Verurteilung des gescheiterten Putschversuchs vom 15. Juli 2016 ihre erhebliche Besorgnis über die jüngsten Entwicklungen in der Türkei zum Ausdruck gebracht. Der Bundesminister des Auswärtigen Dr. Frank-Walter Steinmeier hat am 17. und 20. Juli öffentlich klargestellt, dass bei der grundsätzlich zulässigen juristischen Aufarbeitung des Putschversuchs rechtstaatliche Grundsätze Beachtung finden müssen; am 29. Juli hat er erklärt, dass die Reaktionen der türkischen Regierung weit über jedes Maß hinausgehen. Die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat in einem Telefonat mit dem türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan am 18. Juli 2016 und auch wiederholt öffentlich, zuletzt in ihrer Pressekonferenz am 28. Juli 2016, die Achtung des Verhältnismäßigkeitsprinzips eingefordert. Ähnlich haben sich weitere Mitglieder der Bundesregierung geäußert. Die Bundesregierung wird die Entwicklungen in der Türkei auch weiterhin sehr aufmerksam verfolgen.

Ihre Frage:

Welche Maßnahmen politischer, wirtschaftlicher und militärischer Art gedenkt die Bundesregierung gegen die Türkei zu ergreifen aufgrund der politischen Willkür der türkischen Machthaber?

beantworte ich wie folgt:

Die Bundesregierung beobachtet die Entwicklungen in der Türkei sehr genau und behält sich vor, dazu weitere Gespräche mit der türkischen Regierung zu führen. Zur Lage in der Türkei sowie zu etwaigen Reaktionen darauf steht die Bundesregierung in engem Kontakt mit internationalen Partnern, der Europäischen Union sowie dem Europarat, der OSZE und der NATO.

Ihre Frage:

Ist die Bundesregierung bereit, sich bei der EU für Sanktionen gegen die Machthaber in der Türkei einzusetzen?

beantworte ich wie folgt:

Die Frage nach EU-Sanktionen stellt sich aus Sicht der Bundesregierung derzeit nicht. Darüber hinaus wird auf die vorstehende Antwort auf Frage 7-173 verwiesen.

Mit freundlichen Grüßen

